

## KURZ NOTIERT von Ariane Grubauer

### Landrechte für indigene Gemeinschaften

Der indonesische Präsident Joko Widodo (Jokowi) hat insgesamt 13.100 Hektar Land an neun indigene Gemeinschaften in Sumatra und Sulawesi zurückgegeben. Er folgte dabei einer wegweisenden Entscheidung des indonesischen Verfassungsgerichts aus dem Jahr 2013, welche indigenen Völkern – vertreten durch die NGO Indigenous People's Alliance of the Archipelago (AMAN) – das Recht auf Nutzung von Waldge-

bieten zusprach, die zuvor unilateral als staatlicher Besitz deklariert worden waren. »Dies ist erst der Anfang«, sagte Präsident Jokowi während der Zeremonie im Präsidentenpalast »die Landgebiete, die zurückgegeben wurden, sind noch sehr klein«. Tatsächlich hat AMAN mehr als 8,2 Millionen Hektar kartiert, die nach Meinung der NGO indigenen Gemeinschaften zustünden. Nichtsdestoweniger stieß Jokowi's Schritt auf

sehr positive Resonanz und kann als Präzedenzfall angesehen werden, denn die indonesische Verfassung erkennt zwar grundsätzlich die Rechte indigener Völker an, aber es gibt kaum administrative Strukturen, um diese auch zu schützen und durchzusetzen.

*Mongabay 4.1.2017*

*Jakarta Globe 5.1.2017*

*Asian Correspondent 10.1.2017*

### Jakartas Gouverneur Ahok wegen Blasphemie angeklagt

Basuki »Ahok« Tjahaja Purnama, ein Christ mit chinesischen Wurzeln, ist der erste nicht-muslimische Gouverneur von Jakarta seit 50 Jahren. Er gilt als enger Partner des indonesischen Präsidenten Jokowi. Seine Anhänger schätzen ihn wegen seines entschiedenen Vorgehens gegen Korruption sowie diversen Programmen u. a. zur Verbesserung des Transportwesens und zur Flutbekämpfung, während seine politischen Gegner ihm z. B. die Zwangsumsiedlung von Slumbewohnern vorwerfen. Nun steht Ahok wegen des Vorwurfs der Blasphemie vor Gericht.

Auf einer Wahlkampfveranstaltung im September 2016 hatte er gesagt, Wähler sollten sich nicht von denjenigen in die Irre leiten lassen, die behaupteten, ein Muslim dürfe gemäß der Sure al-Ma'ida für keinen nicht-muslimischen Kandidaten stimmen. Diese Aussage ist Gegenstand eines im Dezember von der Staatsanwaltschaft eröffneten Blasphemie-Prozesses, in dem bis Mitte Februar 2017 noch kein Urteil vorlag. Das Gerichtsverfahren wird von vielen Beobachtern als Test für die Religionsfreiheit in Indonesien bewertet. Bei einer Verurteilung droht

Ahok eine bis zu fünfjährige Haftstrafe. Politisch hat ihm der laufende Prozess bereits geschadet. In den Gouverneurswahlen vom 15. Februar 2017, in denen Ahok zur Wiederwahl antrat, erlangte er zwar die meisten Stimmen, verfehlte jedoch die absolute Mehrheit, die er laut Umfragen vor der Blasphemie-Diskussion noch innehatte. Die Stichwahl gegen seinen muslimischen Konkurrenten Anies Baswedan wird im April 2017 stattfinden.

*Deutsche Welle 18.11.2016, 13.12.2016*

*New Mandala 16.2.2016*

### Präsidiale Verordnung zur Behandlung von Flüchtlingen

Am 31. Dezember 2016 wurde eine präsidiale Verordnung verabschiedet, die Standardprotokolle für Flüchtlinge und Asylsuchende, welche an indonesischen Küstenstränden, festlegt. Sie schafft damit Rechtssicherheit und klare Vorgaben für lokale Institutionen. »Wir haben diese präsidiale Verordnung verabschiedet, um eine legale Basis für den Umgang mit Flüchtlingen zu haben, da Indonesien die Genfer Flüchtlingskonvention [von 1951] nicht unterzeichnet hat«, erklärt Andy Rachmianto, Direktor für Inter-

ationale Sicherheit und Entwaffnung im Außenministerium, gegenüber Jakarta Post. Im vergangenen Jahr hatte die Lokalregierung von Aceh tamilische Migranten aus Sri Lanka eine Woche lang nicht an Land gehen lassen, nachdem ihr Boot gestrandet war, und dies mit nicht vorhandenen Papieren und ungenügenden finanziellen Mitteln zu deren Versorgung begründet, ehe die Zentralregierung einschritt und den Flüchtlingen ein Verlassen des Bootes gestattete. Nach der neuen Verordnung wird die Nati-

onale Such- und Rettungsagentur Flüchtlinge von sinkenden Booten retten und an Land bringen. Dort sollen die Flüchtlinge medizinisch versorgt und zu Immigrationszentren oder lokalen Einwanderungsbüros beziehungsweise Polizeistationen gebracht werden, wo ihre Personalien aufgenommen werden. Der UNHCR wird dann über die Anträge auf Flüchtlingsstatus entscheiden.

*Jakarta Post 18.1.2017*

*VOA Indonesia 28.1.2017*